

Auch aktuell nicht so betroffene Werke haben mitgemacht. Solidarität macht stark! Das ist gut so! Auch die zehntausende Protest-Postkarten – eine Aktion des Gesamtbetriebsrates - waren ein Anfang, um zu mobilisieren und den Zusammenhalt der KollegInnen konzernweit nach innen und außen zu signalisieren. In Berlin-Marienfelde gab es eine Aktion am 12. November. Auch das war ein guter und wichtiger Schritt gegen den Abbau der Arbeitsplätze in Berlin.

Aber das Vorgehen des Daimler-Vorstandes macht auch klar, dass die Aktionen nicht reichen werden. Sie werden sich von Postkarten-Aktionen und eintägigen Protesten nicht beeindruckt lassen. Sie lassen sich auch von Verhandlungen nicht beeindrucken und halten sich nicht an die Verträge, die sie abschließen. In den bisherigen Verhandlungen haben immer die Belegschaften Opfer gebracht, aber das reicht den Bossen nicht!

Wir brauchen entschiedene Kampfmaßnahmen für die Rücknahme aller Angriffe – danach können die Betriebsräte wieder verhandeln. Gut wäre, wenn über die notwendigen Kampfmaßnahmen die Betroffenen zusammen mit den Vertrauensleuten aller Werke, einschließlich auch der betroffenen ausländischen Werke, gemeinsam entscheiden würden. Mögliche Aktionen können – ggfs. auch unter Nutzung der Tarifrunde - von mehrtägigen Betriebsversammlungen über Streiks bis hin zur Verhinderung des Abtransports von Maschinen reichen.

Außerdem braucht es in den Vertrauenskörpern Diskussionen um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Umverteilung der Arbeit auf alle, ebenso über die Entwicklung von neuen Verkehrskonzepten MIT und DURCH die Beschäftigten für eine wirkliche zukunftsfähige Verkehrspolitik – Transformation unter Kontrolle der Beschäftigten – nicht gegen sie und auf ihre Kosten! Wenn der Daimler-Vorstand nicht von Schließungsplänen und Entlassungen abrücken will, dann sollte sich die IG Metall auf ihre in der Satzung §2.4 formulierte Zielsetzung „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ zurückbesinnen. Das heißt konkret, die Eigentumsfrage aufzuwerfen und die Überführung der von Verlagerung, Schließung und Teilschließung betroffenen Daimler-Produktionsstandorte in Gemeineigentum zu fordern, mit der Maßgabe des Erhalts aller Arbeitsplätze und der Umstellung der Produktion auf gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Güter, wie den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs oder auch anderer wichtiger Produkte aus dem medizinischen Bereich, z.B. Beatmungsgeräte.

Wir unterstützen euren ganzen vielfältigen Protest. Er ist in diesen Zeiten mehr als wichtig und notwendig und zeigt anderen Belegschaften Formen des Widerstands auf, die es auch in der Krise und während einer Pandemie gibt. Notfalls braucht es gemeinsame Kampfmaßnahmen aller Werke – bei Daimler, aber auch branchenweit. Das macht dem Vorstand Dampf. Bleibt standhaft. Lasst euch nicht spalten. Solidarität ist unsere Stärke. Wir wünschen euch viel Erfolg in eurem Kampf.

### Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

**Kontakt:** [metallertreff@yahoo.de](mailto:metallertreff@yahoo.de)

**Kontakt Mahle:** [mahle-soli@protonmail.com](mailto:mahle-soli@protonmail.com)



**Weitere Infos unter:**

<https://www.vernetzung.org/>



## Für eine kämpferische Metall-Tarifrunde 2021

Der Vorstand der IG Metall hat am 26. November die Forderung für die anstehende Tarifrunde beschlossen. Die Entgelte und Ausbildungsvergütungen sollen sich um 4 % erhöhen bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Davon soll ein Teil in die Lohnerhöhung fließen. Mit dem anderen Teil soll teilweise der Lohn ausgeglichen werden, falls Betriebe die Arbeitszeit (4-Tageswoche) absenken zur Beschäftigungssicherung. Außerdem soll ein tariflicher Rahmen für betriebliche Zukunftstarifverträge geschaffen werden, in dem u.a. konkrete Investitionen für Standorte festgeschrieben werden. Ab Mitte Dezember werden die ersten Verhandlungen mit den regionalen Arbeitgeberverbänden stattfinden. In der Kalenderwoche 5 und 6 sind verhandlungsbegleitende Aktionen geplant. Die Friedenspflicht endet am 1. März. Die IGM strebt an, vor Ende der Friedenspflicht bereits zu einem Abschluss zu kommen und auf Warnstreiks und Streiks zu verzichten. Soweit die offiziellen Verlautbarungen.

### Was halten wir als VKG von diesen Ankündigungen?

Bereits die letzte Tarifrunde Anfang 2020 war eine Nullnummer, die keine tabellenwirksame Erhöhung gebracht hat. 2018 gab es die letzte tabellenwirksame Erhöhung. Bereits vor Corona hatte der IGM-Vorstand im Januar 2020 verkündet, ohne konkrete Forderung und ohne Arbeitskämpfe – mit einem Moratorium – die Tarifrunde durchzuführen. Die Tarifrunde 2020, die Durchführung wie auch der Abschluss war ein Schlag ins Gesicht der KollegInnen und eine Steilvorlage für die Metallkapitalisten, ihre Angriffe auf tarifliche und betriebliche Errungenschaften zu verschärfen. So fordert Scharfmacher Stefan Wolf, der Ende November zum Nachfolger von Rainer Dulger an die Gesamtmetall-Spitze gewählt wurde, eine doppelte Nullrunde, Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, Lohnabschläge bei Kurzarbeit, teilweise Abschaffung von Spätschichtzulagen, Verschlechterung von Pausenregelungen und Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld. Beim Flächentarif will er: „leichter als bisher Abweichungen nach unten ermöglichen.“ Die Angriffe des Kapitals sind von Monat zu Monat dreister geworden – kein Wunder, wenn der IGM-Vorstand in 2 Tarifrunden auf Streik verzichtet, die wichtigste Waffe der Gewerkschaftsbewegung ohne Not „stilllegt“ und mit Verzichtsangeboten Schwäche demonstriert.

Als VKG sagen wir klar und deutlich, eine Forderung von 4 Prozent mit der Option, sie auch als Teillohnausgleich für kürzere Arbeitszeiten zu nehmen, ist zu niedrig. Um Reallohnverluste abzuwehren, braucht es eine Lohnerhöhung zwischen 5 und 6 Prozent, mindestens aber 150 bis 200 Euro und für Auszubildende mindestens 100 Euro mehr – und zwar für alle und tabellenwirksam.



Mit Arbeitszeitverkürzungen können wir der Arbeitsplatzvernichtung entgegenwirken. Das hat die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche in den 80ern und 90ern gezeigt. Es konnten Hunderttausende Arbeitsplätze damals gerettet werden. Seit 25 Jahren gilt in der westdeutschen Metallindustrie die 35-Stunden-Woche. Am 1. Oktober 1995 ist diese tarifliche Regelung in Kraft getreten, für die 1984 Hunderttausende Metallerrinnen und Metaller fast 7 Wochen streikten. An diesen Erfahrungen müssen wir ansetzen. Die 35-Stundenwoche wurde mit vollem Lohnausgleich umgesetzt. Der volle Lohnausgleich war in der Gewerkschaftsbewegung über 150 Jahre Konsens. Wir halten daran fest und fordern die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und zwar für alle. Der 4 % -Teillohnausgleich für die 4-Tageswoche bzw. 32-Stundenwoche deckt den Lohnverlust von 3 Stunden nicht mal zur Hälfte ab. Knapp 9 Prozent wären notwendig, um 3 Stunden weniger auszugleichen. Da ist aber noch kein Inflationsausgleich beinhaltet und auch kein Ausgleich dafür, dass viele Kolleginnen und Kollegen in 2020 wesentlich weniger Geld in der Tasche hatten durch Einbußen über Kurzarbeit und betriebliche Verzichtsvereinbarungen.



### Welche Vorschläge haben wir als VKG?

Die Bedingungen in der Metall- und Elektroindustrie sind in der anstehenden Tarifrunde sicher nicht einfach. Die Situation in den Betrieben ist extrem unterschiedlich, bei einigen gehen Aufträge und Profite durch die Decke wie in der Medizintechnik oder bei Premiumherstellern wie Porsche, andere sind von Jobvernichtung und Erpressungen bedroht wie MAN, Daimler, Bosch, Mahle oder Conti. Aber solche Situationen hatten wir schon oft, und trotzdem wurde nicht schon zu Beginn einer Tarifrunde auf Streikverzicht eingeschworen. IGM-Vorsitzender Jörg Hofmann hat am 8.11.2020 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gesagt: „Corona macht uns kreativer in den Aktionsformen, aber nicht zahlos.“ Nehmen wir ihn beim Wort. Zeigen wir die Zähne und zeigen wir Kreativität. Die vielen betrieblichen Aktionen von September bis November hatten beide Elemente vereint und auch gezeigt, dass die KollegInnen trotz Corona bereit sind für ihre Interessen zu kämpfen.

Auch eine Wirtschaftskrise und eine Pandemie sind kein Grund, Verzicht zu üben. Auch wenn in den Medien und von den Metallkapitalisten gejammert wird, wie schlecht es ihnen geht und wie unverschämt die Forderungen der IG Metall sind, entgegnen wir selbstbewusst: Nicht die abhängig Beschäftigten sind die Verursacher der Wirtschaftskrise und auch nicht die Profiteure des kapitalistischen Systems. Die Produktivität in der Metall- und Elektroindustrie ist die letzten Jahrzehnte extrem gestiegen – abkassiert hat das Kapital. Holen wir uns in dieser Tarifrunde einen Teil des eingesackten Profits zurück.

Wir lassen uns auch nicht einlullen von Gewerkschaftsvorständen, die meinen, für den Erhalt der Arbeitsplätze müssen wir Verzicht üben. Verzicht hat noch keinen einzigen Arbeitsplatz gerettet. Was Standortsicherungs- bzw. Zukunftsvereinbarungen wert sind, zeigen die Kapitalisten immer wieder, indem sie sie kündigen, wenn es ihnen ins Konzept passt und sie für ihre Profitmaximierung hinderlich sind. Arbeitsplätze erhalten geht nur mit Kampf, mit einer offensiven Strategie. Die Gewerkschaften brauchen ein **Konzept zur Verteidigung der Arbeitsplätze**, das auch Forderungen wie **Enteignung** der Bosse, Überführung in Gemeineigentum, Konversion der Produktion, demokratische Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaften mit beinhaltet. Wenn ein Betrieb geschlossen werden soll, geht es um **Streiks**, um die **Besetzung von Betriebstoren oder Werkhallen**, um den Abtransport von Maschinen und Produktionsanlagen zu verhindern, um Mobilisierung von Solidarität anderer Betrieben und Branchen. Über **Solidaritätskomitees** kann dies gut organisiert werden.

Notwendig ist eine **Konferenz aller bedrohten Belegschaften**, um den Kampf gemeinsam zu führen und Solidarität aufzubauen.

Lasst uns Druck machen auf den IG-Metall-Vorstand, dass diese Tarifrunde nicht eine verlorene Runde für uns wird. Fasst Beschlüsse in den Vertrauenskörpern und Delegiertenversammlungen für eine kämpferische Tarifrunde. Für Streikverzicht gibt es keinen Grund. Ohne Streik werden wir weder Real-Lohnerhöhungen noch kürzere Arbeitszeiten mit Lohnausgleich durchsetzen können. Verhindern wir eine Verzichtspolitik, sie wird keine Arbeitsplätze retten.

### Solidaritätserklärung des Zukunftsforums und der VKG mit den Beschäftigten von Daimler

Wir von der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften VKG und das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften unterstützen die Kolleginnen und Kollegen bei Daimler in ihrem Kampf gegen Job-Vernichtung, Verlagerungen und Erpressungen. Der Daimler-Vorstand wird immer dreister in seinen Angriffen, sei es durch die angekündigte Vernichtung von 30.000 Arbeitsplätzen, die 2 bis 3 Mrd. Euro Einsparmaßnahmen, die aus den KollegInnen gepresst werden sollen, die Angriffe auf die Aggregatwerke Untertürkheim und Berlin oder die ganz neuen Angriffe auf die LKW-Werke Gaggenau, Kassel, Mannheim, Stuttgart (Zentrale) und Wörth. Wir verurteilen die typische Salamiaktik, die die Kapitalseite immer wieder einsetzt. Wir verurteilen auch die Angriffe auf abgeschlossene Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge. So sollen in Untertürkheim Betriebsvereinbarungen, die dort zur Sicherung der Beschäftigten abgeschlossen wurden, aufgekündigt werden. Die Arbeit soll ins Ausland (Osteuropa) verlagert werden, um Lohnkosten zu sparen.



Doch nicht die Löhne hier sind zu hoch, sondern die Profiterwartungen der Konzernherren. Ebenso verurteilen wir die Angriffe auf die IGM-Tarifverträge wie Schichtzuschläge, bezahlte freie Tage (Weihnachten/Silvester) und Nichtweitergabe von Tarifierhöhungen. Die KollegInnen bezeichnen die Geschäftsleitung auf ihren Schildern als Vertragsverbrecher. Recht haben sie. Weil die Beschäftigten sich wehren, wird jetzt auch

noch damit gedroht, den zugesagten E-Campus doch nicht in Untertürkheim anzusiedeln. „Wer heute Arbeitsplätze vernichtet, zerstört die Zukunft unserer Kinder“, so stand es auf dem Transparent der Mettinger KollegInnen bei ihrer verhandlungsbegleitenden Aktion am 18. November. Genau dies ist ein Kernpunkt der Angriffe in der Metallindustrie. „Sozialverträglich“ soll abgewickelt werden, um die Belegschaft ruhig zu halten. Aber die Arbeitsplätze sind dann unwiederbringlich weg – weg für unsere Kinder. Deshalb ist der Kampf um jeden Arbeitsplatz so wichtig. Und diesen Kampf unterstützen wir.

Seit Ende Oktober genehmigt der Betriebsrat in Untertürkheim keine Mehrarbeit mehr. Gut so! Seit Anfang Oktober gab es immer wieder gute Aktionen, sei es der Aktionstag am 8. Oktober mit der Parkhausbesetzung oder die vielen verhandlungsbegleitenden Aktionen mit Demos, Kundgebung und Autokorso. Gut so! Ende November die vielen Betriebsratsinfoveranstaltungen über viele Tage und über alle Schichten hinweg, die die Prozesse im Werk ganz schön durcheinandergebracht haben. Gut so. Und für die letzte Novemberwoche gab es auch den Aufruf des Gesamtbetriebsrats und der IG Metall, an allen Standorten zu Aktionen aufzurufen. Ein wichtiger Schritt, die Angriffe des Vorstandes gemeinsam abzuwehren.